

Meine Damen und Herren,

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

herzlichen Dank für die Einladung. Lassen Sie mich hier auf dem Podium 4 Thesen präsentieren. Die **erste** These, meine Damen und Herren, klingt zugleich banal, realistisch und traurig. Es hat immer Krisen gegeben, es gibt zur Zeit genug Krisen und es werden auch in Zukunft Krisen geben. Was die Organisatoren jedenfalls von uns wünschen, dass wir hier auf dem Podium unseren Blick auf das Neue richten. *Neu* sind Dimensionen und Geschwindigkeiten, mit deren sich die Krisen ausbreiten. *Neu* sind Folgen, unter anderem wie stark verschiedene Gesellschaften getroffen werden, wie sie von außen und vom Inneren beeinflusst werden und was das für die alltägliche Politik bedeutet. *Neu* ist, dass individuelle Täter oder kleine Gruppen immer öfter im Einsatz sind. *Neu* ist die Radikalisierung, die Sorgen bereitet. Und diese Radikalisierung ereignet sich nicht nur in den Krisenregionen sondern auch innerhalb von freien Gesellschaften. *Neu* ist, dass die Demokratie und die freien Gesellschaften im Visier der Krisenanstifter stehen, dass ihre Handlungsfähigkeit auch aus diesen Gründen geschwächt ist, weil Ängste und Populismus an Einfluss gewinnen. Es ist übrigens auch nicht zu vergessen, dass einige freie Gesellschaften eine gewisse Mitschuld daran haben, dass z.B. der Terrorismus in manchen Regionen der Welt den Nährboden gefunden hat. *Neu* ist, dass man die Neuigkeit der Krisen, sei es aus deren Mehrzahl, sei es aus mangelhafter Aufklärung, überschätzt wird. Wir haben die Krisen, aber die meisten Krisenformen und Erscheinungen sind schon längst bekannt, was unter anderem heisst, dass sie potenziell erfolgreich bewältigt werden können.

Die heutige Welt, und das ist die **zweite** These, meine Damen und Herren, braucht führende Nationen und führende Politiker, die bereit sind, die Verantwortung für eine faire Weltordnung, für eine Stabilisierung in der Welt zu übernehmen, Krisen zu lösen oder mindestens bei der Lösung zu helfen. Und wenn wir aber nach den Vereinigten Staaten oder nach der Europäischen Union schauen, müssen wir feststellen, dass sich sowohl die USA als auch die EU mit eigenen Problemen intensiv beschäftigen und dass man von ihnen kaum erwarten kann, dass sie sich stärker, als es schon der Fall ist, engagieren werden, obwohl es an Führungsansprüchen auf den beiden Seiten nicht mangelt und, glaube ich, nicht mangeln wird. Es muss auch angenommen werden, dass die Vereinigten Staaten aus diesem Präsidentenwahlkampf geschwächt herausgehen und sich künftig viel mehr dafür interessieren werden, wie man den Zusammenhalt der amerikanischen Gesellschaft gewährleisten kann. In der EU ist schon die Reaktion auf diese erwartete Schwäche ersichtlich. Im Vorfeld zu Bratislava und in Bratislava selbst wurde das Verteidigungskomplex, also die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU, angesprochen und besprochen. Das Konkrete wird erst nach der Abstimmung mit den Amerikanern ans Tageslicht kommen. Die Europäer, und das brauche ich hier nicht näher zu erläutern, sind auch zerstritten. Was ergibt sich

aus dieser für jeden aufmerksamen Beobachter verständlichen Schwäche? Eigentlich viel. Z.B., dass diese Abrüstungsinitiative, mit der Außenminister der Bundesrepublik Herr Steinmeier vor kurzem aufgetreten war, im Sande zu verlaufen droht, weil es sich fast kein Partner ernsthaft bereit sein wird, offizielle Gespräche darüber zu führen, bis die Wahlen in Frankreich und in Deutschland nicht vorbei sind und bis die mittelfristige EU-Agenda nicht beschlossen ist, geschweige denn, bis die Konditionen des Brexit nicht abgesprochen sind. Als Folgen dieser Schwäche werden wir die begrenzte Handlungsfähigkeit auf der internationalen Ebene, die innenpolitische Prioritätssetzung und eine gewisse Abgrenzung von schwierigen Partnern erleben, die mit entsprechender Rhetorik begleitet wird. Wir können von der offiziellen Seite in Europa keinen echten Durchbruch erwarten, keine Weichenstellung für die Zukunft. Wir befinden uns aus meiner Sicht in der Zeit des Status-quo, was auch nicht immer schlecht ist. Deshalb müssen wir uns nicht beirren lassen, dass viele Initiativen erst für die eigene Profilierung in die Welt gesetzt sein werden. In dieser Situation werden wir, meine Damen und Herren, keine neuen offen geäußerten Führungsansprüche zum Hören und zum Sehen bekommen, weil der offen geäußerte Führungsanspruch Konkurrenzkampf, Geld und Verantwortung bedeutet.

Die Realpolitik, und damit bin ich bei der **dritten** These, bleibt erhalten. Und das bedeutet, dass man viel Wert auf die sogenannten bewährten Strukturen und gegebenen Garantien legen wird. Das bedeutet auch, dass man nationale Interessen kurzfristig, auf kurzfristige Perspektive, definieren wird. Nehmen wir als Beispiel das *Weissbuch der Bundeswehr*, das im Mai dieses Jahres fertig wurde, dannach eine in Deutschland übliche Abstimmung durchgehen sollte, so dass die Öffentlichkeit einen Kompromiss zum richtig ausgewählten Zeitpunkt im Juli nach dem Nato-Gipfeltreffen in Warschau präsentiert bekommen hat. Und da steht unter anderem das, was auf den ersten Blick völlig harmlos und seriös klingt: „Förderung des verantwortungsvollen Umgangs mit begrenzten Ressourcen und knappen Gütern in der Welt“. Und wenn man sich dabei fragt, wie diese Förderung sowohl für Schwellen- und Entwicklungsländer als auch für die Staaten, die über genügend Bodenschätze und Ressourcen verfügen und die davon im eigenen nationalen Interesse und für die eigene industrielle Entwicklung Gebrauch machen wollen, durchzusetzen sei, findet man leider keine passende Antwort außer vielleicht der, die ein ehemaliger Bundespräsident auf dem Rückflug aus Afghanistan über deutsche Interessen gegeben hatte. Der Präsident hiess damals Horst Köhler, er wurde zum Rücktritt gezwungen. Das Interessanteste ist aber, meine Damen und Herren, dass man ihn heute weder kritisiert noch zum Rücktritt gezwungen hätte. Die Gerechtigkeit in der Welt ist nur ein schwieriges Thema.

Und noch was, meine Damen und Herren. Die klassische Realpolitik kann gegenwärtig zu taktischen Ansätzen bei der Lösung der Probleme intensiv beitragen. Die Strategie bleibt leider auf der Strecke. Unsere Zeit scheint noch die Zeit ohne Strategie zu bleiben. Es ist weder klug

noch nachhaltig, sich einerseits auf die Stärke zu setzen und andererseits keine vereinbarte und langfristige Strategie zu haben, um diese Stärke nicht nur zu erreichen, sondern auch aufrechterhalten zu können. Das schwächt staatliche Akteure auch innenpolitisch massiv. Deutsche Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden mich wohl gleich verstehen, wenn ich in diesem Kontext auf den jetzigen Streit zwischen CDU und CSU verweisen und den aus einer etwas anderen Perspektive betrachten werde. Wenn zuerst Inhalte gesucht werden, so Horst Seehofer in der Kanzlerfrage, dann kann man sich fragen, ob es einen Sinn hat, die Parteien zu wählen, die keine strategischen Entscheidungen in der schwierigen Zeit ohne einen offen ausgetragenen Streit fällen können und die nach 67 Jahren des Zusammengehens noch Zeit brauchen, um sich programmatisch im Streit neu aufzustellen. Reicht es etwa die Korrektur des alten gemeinsamen Wahlprogramms nicht aus? Oder war das Programm damals nicht ernst gemeint? Oder hat sich die Lage in Deutschland so drastisch verändert und sind alle Punkte des früheren gemeinsamen Programms abgearbeitet, dass diese Neu-Aufstellung erforderlich ist? Und es ist schwer zu erklären, dass CDU und CSU erst nach dem Ausbruch der Flüchtlingskrise über eine nachhaltige Strategie für's Land nachdenken. Das Interessanteste ist aber, meine Damen und Herren, dass viele Politiker, wenn man ihre Worte und Taten genau analysiert, gar nicht zu verstehen scheinen, welche Rolle die Strategie spielen wird. Denn das Fehlen der Strategie wird sich bei der langfristigen Sicherheit innenpolitisch und außenpolitisch rächen. Das rächt sich übrigens schon. Und jetzt komme ich, meine Damen und Herren, zur **vierten und damit zur letzten** These. Die Welt braucht gute Beispiele im Bereich Friedenssicherung. Die Welt braucht auch Räume, wo der Frieden herrscht. Ist Europa zur Zeit ein solcher Raum? Nein. Kann man zur Zeit von den Staaten **alleine** die Verbesserung der Lage erwarten? Kaum. Wenn man immer wieder sagt, man müsse den Dialog miteinander führen, man müsse darüber sprechen, was uns eint und was uns trennt, dann möchte ich sofort die Frage stellen: Wissen wir bis heute wirklich nicht, was uns eint? Schlicht gesagt: mit einem Dialog kommt man nicht weiter. Die Zeit des Dialogführens an sich ist vorbei, sie ist unter anderem auch wenig produktiv. Man muss sich endlich mit der Entstehung der Sicherheitsarchitektur in Europa auseinandersetzen und strategisch befassen. Die Architektur, die von allen akzeptiert wird. Dabei, meine Damen und Herren, verzichte ich mit Absicht auf jeden Hinweis auf die Initiativen, die salop gesagt schon auf dem Markt sind. Und wenn offizielle Verhandlungen darüber zur Zeit leider nicht möglich sind, muss man daran arbeiten, sie vorzubereiten und eine Agenda zu erarbeiten. Und dafür braucht man entsprechende Akteure. Und wie wäre es mit einem unabhängigen Expertenteam, zusammengesetzt aus verschiedenen Vertretern der OSZE-Länder, mit den Aufgaben, a) die aktuelle Sicherheitsagenda zu entwickeln, b) sie in noch kleineren Gruppen zu vertiefen, c) konkrete Vorschläge zu formulieren, d) bei Differenzen Stärken und Schwächen zu benennen, also nichts zu verheimlichen, so dass

unterschiedliche Positionen und deren Autoren bekannt werden, e) mit den Vorschlägen, die eine Chance haben, umgesetzt zu werden, an die Öffentlichkeit zu gehen, f) dafür zu werben und die Zivilgesellschaften zu mobilisieren, damit Politiker unter Druck geraten.

Die Neubelebung des strategischen Denkens wird keinem schaden. Unsere Staaten und Gesellschaften haben sich leider an das strategische Denken in der Globalisierung noch nicht gewöhnt. Die privilegierten Freihandelszonen und die Stärke, also das bekannte Säbelraseln, werden als Lösungen nicht reichen. In der Zeit der Globalisierung sind die neue Strategie und das neue strategische Denken das, was unsere Gesellschaften brauchen, um in Sicherheit und Wohlstand leben zu können. Die aktuellen Krisen können aus meiner Sicht nur in strategischen Ansätzen gelöst werden, dann sind Kompromisse möglich und dann werden auch Kompromisse leichter vereinbar.